

Demokratie und Partei : zur Willensbildung und Aktivität der Massen

Autor(en): **Schmid, Arthur**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **11 (1931-1932)**

Heft 9

PDF erstellt am: **13.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-331096>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Jeden Kongreß hatten die Delegierten benützt, um an der Schreibweise Greulichs Kritik zu üben und ihn für den niedrigen Abonnentenstand verantwortlich zu machen. Der Gehalt, den Greulich für die Redaktion und Expedition der «Tagwacht» bezog, belief sich, auch als sie zweimal wöchentlich erschien, auf Fr. 1800.— und wurde erst im Jahre 1877 auf Fr. 2000.— erhöht. Er mußte ausreichen für den Unterhalt einer achtköpfigen Familie. Die Frage liegt nahe, ob nicht schon diese kärgliche Entlohnung den Kritikern etwas mehr Zurückhaltung hätte auferlegen sollen. Ganz grundlos war die Kritik nicht. Aber unbillig war sie deshalb, weil sie das Wertvolle an Greulichs Redaktionsführung übersah: die grundsätzliche und korrekte Haltung des Blattes, die die junge Partei vor Irrwegen bewahrte und allem politischen Geflunker, das so oft in den Spalten des «Grütliäners» und des «Felleisens» sein Wesen trieb, den Garaus machte.

Demokratie und Partei.

Zur Willensbildung und Aktivität der Massen.

Von Dr. Arthur Schmid.

I.

Seit Jahrzehnten kämpft man in den modernen Staaten um die Demokratie. Die Herrschaft des Volkes gilt als etwas Erstrebenswertes, als etwas für den Aufstieg der Menschheit Notwendiges.

Ganz sicher ist, daß nur ein Volk, bei dem *möglichst viele Anteil am Geschehe der Gemeinschaft* nehmen, sich höher entwickeln kann. Der Aufstieg zu einer menschenwürdigen Gesellschaftsordnung geht ganz sicher über das Volk selbst. Der Aufstieg zu einer höheren Kultur kann auf die Dauer nicht das Werk eines gütigen Monarchen oder einer kleinen, wohlgesinnten Minderheit sein. Leider sind wir aber in den modernen Staaten noch nicht so weit, daß man von einer demokratischen Durchbildung der Völker sprechen kann. *Der Kapitalismus hat alles getan, um das demokratische Empfinden abzubauen und an Stelle des denkenden Volkes das Diktat der wirtschaftlichen und politischen Machthaber zu setzen.* Im Dienste des Kapitalismus arbeitet in der *bürgerlichen* Demokratie der Staatsapparat. So ist es nicht verwunderlich, daß unter Umständen gegen den klaren Willen des Volkes oder des Parlamentes einzelne Verwaltungsinstanzen entscheiden. Beschlüsse, die den Herrschaften nicht passen, werden anders interpretiert oder einfach sabotiert.

Die Entwicklung im modernen kapitalistischen Staat führt zum fortwährenden Abbau demokratischer Rechte und richtet sich gegen das demokratische Empfinden des Volkes überhaupt. Die

faschistische Diktatur ist letzten Endes nur eine Schlußetappe auf diesem Wege.

II.

Wie steht es nun mit der Demokratie in den Parteien? In den Parteien ist das Problem der *Mitarbeit* der Parteiangehörigen mindestens so wichtig und so dringend, wie im Staate selbst. Man braucht sich darüber nicht zu verwundern, daß in den bürgerlichen Parteien die Demokratie nicht sehr stark zu Hause ist. Das gilt vielleicht in noch stärkerem Maße vom Ausland als von der Schweiz. Man braucht nur an die Vereinigten Staaten von Nordamerika zu erinnern und an die Situation, in der sich dort die bürgerlichen Parteien befinden. Das kommt natürlich nicht von ungefähr. *Es gibt im heutigen Wirtschaftsleben keine Demokratie.* Der Kapitalismus will unumschränkt herrschen. Der Kapitalismus will auch die Parteien beherrschen und sie zu gefügigen Werkzeugen seiner Machtansprüche machen. Das ist ihm bei vielen bürgerlichen Parteien gelungen. Hier ist gerade das Beispiel der Vereinigten Staaten von Nordamerika aufschlußreich.

Jede Partei hat natürlich das Ziel, entscheidend auf die politischen Verhältnisse des Landes einzuwirken. Entscheidend kann aber eine Partei nur einwirken, wenn sie groß und stark wird. Die Werbearbeit für Parteiziele erfordert finanzielle Mittel. Deshalb ist die Gefahr der *Korruption der Partei durch kapitalistische Machthaber außerordentlich stark.* Natürlich hängt aber die Entwicklung einer Partei nicht bloß von finanziellen Mitteln ab, sondern von andern wichtigen Faktoren.

Die Stärke einer Partei liegt einmal in ihrer Anhängerzahl und zum andern in ihrer Stoßkraft. Wenn eine Partei mit Erfolg kämpfen will, dann muß sie eine richtige *Führung* und eine gute *Parteidisziplin* haben. Das Problem der Parteidisziplin wird nun von vielen so gelöst, daß man ohne vorherige freie Diskussion restlose Unterordnung unter das Diktat der Führung fordert. Bei der Nationalsozialistischen Partei Deutschlands ist das Problem der Parteidisziplin nach militärischen Gesichtspunkten gelöst. Im faschistischen Italien ist die Diktatur Mussolinis und der faschistischen Parteileitung über die Massen eine vollendete Tatsache. Aber auch die Kommunistische Partei Rußlands versucht auf diesem Wege das Problem, und zwar auch für ihre Anhänger in Westeuropa, zu lösen.

Demgegenüber nehmen wir Sozialisten für uns in Anspruch, die Probleme, welche die Partei beschäftigen, auf *demokratischem* Wege zu lösen. Das gilt natürlich auch für die Frage der Parteidisziplin und für die Frage der Willensbildung innerhalb der Partei.

Da ist nun von größter Wichtigkeit, daß die Parteigenossen in Versammlungen möglichst geschult werden, um *politisch selbst-*

ständig und klassenbewußt denken und handeln zu lernen. Diesen Parteigenossen muß die Möglichkeit der aktiven Mitarbeit bei der Fassung von wichtigen grundsätzlichen Parteibeschlüssen gegeben werden. Es ist deshalb selbstverständlich, daß gerade *vor der Fassung von Beschlüssen die weitestgehende Diskussionsmöglichkeit in den Parteiversammlungen* vorhanden sein muß. Es sollte *nicht* versucht werden, die Parteigenossen vor *vollendete* Tatsachen zu stellen. Auch Beschlüsse der Instanzen sollen die Masse nicht einfach vor vollendete Tatsachen stellen. Wir haben deshalb bei uns in der Schweiz die Möglichkeit der Urabstimmung über Parteitagsbeschlüsse geschaffen.

Damit ist natürlich das Problem noch nicht erschöpfend besprochen, sondern man muß sich bewußt bleiben, daß die *Parteidisziplin* gewahrt werden muß. *Parteidisziplin soll vor allem im Kampfe gegenüber der bürgerlichen Welt zum Ausdruck kommen.* Wenn über eine Frage, die in der Öffentlichkeit draußen entschieden werden muß, die Partei Beschlüsse gefaßt hat, dann gilt es, diese Kämpfe einheitlich und geschlossen zu führen. Es ist unter allen Umständen notwendig, daß nicht jene, die bei der Willensbildung eine andere Meinung vertraten, nun *während des Kampfes gegen den bürgerlichen Gegner* diesem durch ihre Haltung Hilfsdienste leisten. Auch bei den der Beschlußfassung vorausgehenden Diskussionen soll man *nie* vergessen, daß wir dauernd im Kampfe mit der kapitalistischen Welt stehen. Das ist schon hin und wieder außer acht gelassen worden. Vor allem jene, die sich zur Aufgabe machen, soziales Empfinden einzelner Bürgerlicher über Gebühr herauszustreichen, um andererseits die marxistischen Grundsätze des Sozialismus mit einer Gehässigkeit sondergleichen zu kritisieren, gehören wahrlich nicht mehr in unsere Partei hinein, weil sie unsere Stoßkraft auf das schwerste schädigen. Sie tun das Gegenteil von dem, was in der heutigen Situation erforderlich ist. Sie fördern nicht die Demokratie, sondern sie versuchen einfach, jede Führung in der Sozialdemokratie, die auf dem Boden des Klassenkampfes steht, zu verhindern. Sie machen sich einen Privatsport daraus, die marxistische Sozialdemokratie zu kritisieren.

III.

Eine große Gefahr besteht in der *Bürokratisierung der Parteien*, besonders wenn der bürokratische Apparat alle Regungen, die von unten auf kommen, unwirksam zu machen versucht. Der Instanzenapparat beherrscht in diesem Falle die Massen, und da ist es nicht verwunderlich, daß ein Teil dieser Massen zu andern Parteien überläuft oder daß schließlich eine Spaltung eintritt. Für die Sozialdemokratische Partei wäre das doppelt verhängnisvoll. Sie, die die Demokratisierung des politischen und *wirtschaftlichen* Lebens auf ihre Fahne geschrieben hat, muß die

Demokratie in ihrer eigenen Partei nicht nur anerkennen, sondern möglichst fördern und ausbauen. Das alles kann aber geschehen, ohne daß die Parteidisziplin und die Stoßkraft irgendwie leidet. Allerdings setzt eine solche Entwicklung eine weitgehende Toleranz der Meinungen innerhalb der Partei und eine sachliche Einstellung der einzelnen Parteigenossen voraus. Das heißt aber noch nicht, daß man die Diskussion über gegensätzliche Meinungen, die Kritik an einzelnen zur ausschließlichen Parteiarbeit mache. Wer das tut, fördert die Partei keineswegs. Nötig ist, daß man immer in Hinblick auf das große Endziel unserer Partei kritisiert und Meinungsverschiedenheiten diskutiert; wobei man sich stets bewußt sei, daß die Kritik innerhalb der Partei von jenem Geiste getragen sein soll, welcher jene, die entgegengesetzter Meinung sind, als Brüder betrachtet und *die kapitalistische Welt und ihre Anhänger als unsere Gegner*. Jene, die sich in ihrer Ideenwelt mit den Ideen kapitalistischer bürgerlicher Parteien solidarisieren, werden zweifellos gut tun, sich möglichst klar die Frage vorzulegen, ob sie nicht unsere Partei verlassen sollten, denn sie stehen schon am Scheidewege oder jenseits der Barrikade. Wenn sie unsere Partei im Sinne ihrer bürgerlichen sozialen Ideologien beeinflussen, dann können sie die Partei höchstens schädigen.

Wir halten dafür, daß gerade in der heutigen Zeit der fortwährenden Verschärfung der Klassengegensätze, der sich steigenden Gewalttätigkeit des Kapitalismus und der zunehmenden Diktaturmaßnahmen des bürgerlichen Staates die Demokratie innerhalb der Sozialdemokratischen Partei gefördert und gesteigert werden soll. Wir brauchen alle, die auf dem Boden der klassenbewußten Sozialdemokratie stehen, im Kampfe um die Freiheit des Proletariates. Ihre Mitarbeit bei der Willensbildung ist uns nötig, aber es muß Mitarbeit im Sinne unserer Parteigrundsätze sein! Aus dieser Willensbildung entspringt die Tat, durch die wir den Kapitalismus überwinden und eine neue Welt aufbauen.

Goethe, gesellschaftsgeschichtlich gesehen.

Von Alfred Kleinberg.

(Schluß).

Am unmittelbarsten tritt der geschilderte Durchbruch zu einer neuen Geisteshaltung in *Goethes Lyrik* zutage, wie sich deren Bogen von «Seefahrt» und «An den Mond» (1778) über die «Grenzen der Menschheit» (1781) zur «Zueignung» (1784) und den «Römischen Elegien» (um 1789) spannt. Wie sich hier die Form vom Verschwebenden und Stimmungsvollen